



Stellungnahme des Österreichischen Frauenrings zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitszeitgesetz, das Arbeitsruhegesetz und das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert werden:

Der Österreichische Frauenring – die größte Dachorganisation von Frauenorganisationen in Österreich - **spricht sich ausdrücklich gegen den vorliegenden Vorschlag aus! Er bedeutet Raubbau an der Gesundheit der Menschen, ist in hohem Ausmaß frauenfeindlich, benachteiligend, beeinträchtigt das Privatleben der Menschen und bedeutet Lohnraub!** Durch diesen Vorschlag werden mühsam aufgebrochene Geschlechterstereotype wieder verfestigt und hart erkämpfte Errungenschaften und Frauenrechte werden Zunichte gemacht.

Der vorgeschlagene Gesetzesentwurf der türkis-blauen Regierung führt dazu, dass der reguläre 8-Stunden-Tag, wie wir ihn bis jetzt kannten, durch einen regulären 12-Stunden-Tag bei einer 60-Stunden Woche ersetzt wird. 100 Jahre nach seiner Einführung, wird der 8-Stunden-Tag zu Grabe getragen. Das Arbeitszeitgesetz und das Arbeitsruhegesetz sind Schutzbestimmungen für ArbeitnehmerInnen und sollen Arbeit und Privatleben vereinbar machen, aber auch dem Schutz der Gesundheit dienen.

Für den österreichischen Frauenring ist ein 12 Stunden Tag und die 60 Stundenwoche das Gegenteil einer kinderfreundlichen, familienfreundlichen, gleichstellungsfördernden, modernen und fortschrittlichen gesellschaftlichen Entwicklung.

Studien wie die der Medizin Uni Wien¹ zeigen ganz deutlich, dass lange Arbeitstage krank und unproduktiv machen: Die Ergebnisse machen sichtbar, dass der Ermüdungszuwachs während eines 12-Stunden-Tagdienstes dreieinhalb Mal höher ist als an einem arbeitsfreien Tag. Die Ermüdung bei zwei aufeinanderfolgenden 12-Stunden-Diensten nimmt zudem weiter signifikant zu. Die Erholung am Tagesrand reicht in diesem Fall nicht aus, um diese Ermüdung sofort auszugleichen. Generell gebe es praktisch bei jedem Menschen spätestens aber der 10. Tagesarbeitsstunde einen deutlichen Leistungsknick – inklusive erhöhter Unfallgefahr im Beruf oder im Straßenverkehr. Da Frauen noch immer den Großteil der unbezahlten Reproduktionsarbeit wie Kinderbetreuung, Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen und Hausarbeit leisten, führt der 12 Stunden Tag zu einer besonderen Mehrfachbelastung der Frauen.

¹ <https://www.meduniwien.ac.at/web/ueber-uns/news/detailseite/2017/news-im-februar-2017/40-stunden-arbeitswoche-als-gesunde-basis/>



Der 12 Stunden- Tag verunmöglicht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, was vor allem erwerbstätige Mütter und Alleinerziehende hart trifft. Schon jetzt gibt es in Österreich wenig Angebote an flächendeckenden Kinderbetreuungseinrichtungen, die Vollzeitbeschäftigung mit einem 8-Stunden- Tag ermöglichen. Auch wenn immer mehr Einrichtungen länger geöffnet sind, wird "ganztäglich" geöffnet in der Kinderheimstatistik der Statistik Austria lediglich mit "mehr als 6 Stunden geöffnet" definiert.

Die von der Frauen- und Familienministerin Bogner-Strauß in der Fragestunde des Parlaments geäußerte Meinung, dass der 12 Stunden Tag eine „große Chance“ für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ sei, da" Frauen etwa die Digitalisierung nutzen“ und “im Home-Office weiterarbeiten“ oder „manchmal im Block arbeiten können, um dann auch größere Freizeitblocks zu haben“, teilen wir als Frauenring nicht im Geringsten. Die Mehrfachbelastung der erwerbstätigen Mütter wird von dieser Regierung und allen voran von der Frauen- und Familienministerin, nicht einmal als Problem (an)erkannt. Unabhängig davon, dass es nur wenig Jobs gibt wo *home office* bzw. Telearbeit möglich ist, ist auch unbezahlte Betreuungsarbeit (sei es Kinderbetreuung oder Betreuung von zu pflegenden Angehörigen) Arbeit und keine "Nebenbeschäftigung", die man einfach so neben der Erwerbsarbeit verrichten kann.

Der 12- Stunden- Tag und die unzureichende Kinderbetreuungssituation werden dazu führen, dass Frauen durch überlange Arbeitszeiten entweder ganz aus dem Berufsleben gedrängt werden und ihnen nur jene Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, die familienfreundliche Arbeitsbedingungen anbieten. Und hier ist das Angebot nicht wirklich motivierend! Armut und Abhängigkeit sind die Folge!

Auch die von der Regierung behauptete "Freiwilligkeit" in Bezug auf den 12- Stunden- Tag ist ein Märchen. Es steht die Befürchtung im Raum, dass die sogenannte „Freiwilligkeit“ in der Praxis so ausschauen wird, dass der/die ArbeitgeberIn gesetzlich die Möglichkeit hat, Überstunden anzuordnen und dies auch tun wird, ganz einfach, weil es gesetzlich möglich ist. Wenn man dieser Anordnung widerspricht, gefährdet man seinen/ihren Arbeitsplatz. Das belegen zahlreiche Beratungen beim ÖGB und bei der AK. Bei dieser Regelung geht es nicht um Freiwilligkeit oder Arbeitszeitflexibilisierung, sondern darum Überstundenkosten zu senken und Arbeitszeit zu verlängern. Weiters sieht der Initiativantrag der Regierung vor, dass diejenigen, die in Beschäftigungen mit Gleitzeit arbeiten, für die 11. und 12. Stunde keine Zuschläge mehr bekommen. Von dieser Neuerung sind laut AK rund eine Millionen Beschäftigte in Österreich betroffen. Mit diesem Angriff auf ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen öffnet man der Ausbeutung von Arbeitnehmer_innen Tür und Tor.

Wir als österreichischer Frauenring lehnen den Vorschlag der Regierung in Bezug auf den 12- Stunden-Tag und die 60-Stunden Woche somit als Ganzes ab. Unserer Meinung nach braucht es gesetzliche Regelungen zur Arbeitszeit, die zum einen Rücksicht auf unterschiedliche Lebensphasen nehmen und zum anderen echte Arbeitszeitflexibilisierung im Sinne der ArbeitnehmerInnen ermöglichen. In Zeiten von Digitalisierung und verstärkter Nachfrage von Work-Life-Balance erachten wir es als eine dringende gesellschaftliche Notwendigkeit, die Arbeitszeit generell zu verkürzen und nicht sie auszuweiten.



Der technologische Wandel und die Digitalisierung der Arbeitswelt bringen enorme Produktivitätsgewinne, doch die Arbeitszeit der Arbeitnehmer_innen wurde schon seit 40 Jahren nicht verkürzt. Gerade Frauen würden von einer generellen Arbeitszeitverkürzung enorm profitieren. Damit würde auch ein großer Schritt in die gerechte Aufteilung der unbezahlten Arbeit getan.

Damit Frauen die gleichen Chancen am Arbeitsmarkt haben wie Männer, braucht es einen klaren politischen Willen und dementsprechend auch Ressourcen zum flächendeckenden Ausbau von ganztägig geöffneten Kinderbetreuungseinrichtungen, die qualitativ hochwertig sind. Wer gleiche Chancen und Möglichkeiten für alle will, muss politische Rahmenbedingungen zur geschlechtergerechten Verteilung der unbezahlten Arbeit vorlegen und keine politischen Maßnahmen, die das de facto verunmöglichen.

Der Österreichische Frauenring fordert die vollkommene Gleichstellung von Frauen und Männer in allen Lebensbereichen und vor allem am Arbeitsmarkt, dazu gehört primär die Beseitigung der Einkommensschere in Österreich.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaudia Frießen

Vorsitzende des österreichischen Frauenrings